

Rieser Tageblatt

und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Drahtanschrift:
Tageblatt Riesa.
Fernruf Nr. 20.
Postfach Nr. 52.

Das Rieser Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Großhain, des Amtsgerichts und der Anwaltschaft beim Amtsgericht Riesa, des Finanzamts Riesa und des Hauptzollamts Reichen behördlicherseits bestimmte Blatt.

Postfachkonto:
Dresden 1590.
Vierteljahr:
Riesa Nr. 52.

Nr. 122.

Sonnabend, 27. Mai 1933, abends.

86. Jahrgang.

Das Rieser Tageblatt erscheint jeden Tag abends 1/6 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. Bezugspreis, gegen Vorauszahlung, für einen Monat 2 Mark ohne Zustellgebühr, durch Postbezug RM. 2,14 einschließlich Postgebühr (ohne Zustellungsgebühr). Für den Fall des Eintretens von Produktionsveränderungen, Erhöhungen der Abnahme und Materialpreise behalten wir uns das Recht der Preisänderung und Nachforderung vor. Anzeigen für die Nummer des Ausgabestages sind bis 9 Uhr vormittags aufzugeben und im voraus zu bezahlen; eine Bewerbe für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Stellen wird nicht übernommen. Grundpreis für die 39 mm breite, 8 mm hohe Grundchriftzeile (6 Silben) 25 Gold-Pfennige; die 89 mm breite Wellenlinie 100 Gold-Pfennige; zeitraubender und unbedeutender Satz 50%, Aufschlag, feste Tarife. Bewilligter Rabatt erlischt, wenn der Betrag erfüllt, durch Klage eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Konkurs gerät. Zahlungs- und Lieferort: Riesa. Achtstündige Unterhaltungsbeilage „Erzähler an der Elbe“. — Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störungen des Betriebes der Druckerei, der Lieferanten oder der Beförderungsanstalten — hat der Bezugsnehmer keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises.

Redaktionsdruck und Verlag: Lange & Winterlich, Riesa. Geschäftsstelle: Goethestraße 59. Verantwortlich für Redaktion: Heinrich Uhlmann, Riesa; für Anzeigen: Wilhelm Dittrich, Riesa.

Wird die Abrüstungskonferenz vertagt werden? Schlageter = Gedenkfeiern in ganz Deutschland.

Der Wendepunkt in Genf.

Jeder Tag kann in Genf eine wichtige Entscheidung bringen. Noch hofft man, daß es dem Druck der jetzt gegen Frankreich konzentrierten Mächte gelingen wird, Frankreich zur Vernunft zu bringen. Ganz offen hat freilich Paul Boncour endlich zugegeben, daß Frankreich keine Neigung zur Abrüstung und zur Rüstungsbeschränkung hat. Monatslang hat Frankreich Binkeltage gemacht, monatlang versucht, Deutschland die Schuld an dem Mißlingen der Genfer Konferenz zuzuschreiben, jetzt offenbar es sich endlich, jetzt zeigt es sich als Saboteur der Bemühungen um den Frieden. Deutschland ist in allen seinen Forderungen loyal gewesen, auch jetzt legt es gar keinen so großen Wert darauf, daß Frankreich nun alle seine Offensivwaffen abliefern oder zerstört, sondern es will nur den guten Willen sehen, es will eine Frist genehmigen, um den langsamen Abbau der Rüstungen durchzuführen zu lassen. Für Frankreich wäre das, was im MacDonal-Plan verlangt wird, tatsächlich kein Opfer, denn bei der Ueberprüfung käme es gar nicht darauf an, ob etliche schwere Geschütze vernichtet werden. Doch Frankreich ist heute soweit, selbst den guten Willen zu verleugnen. Es hat seine Vorurteile, es hat sein Prestige, und es bleibt an doch sicherlich nur durch propagandistische Maßnahmen in Frankreich eingehämmerten Vorstellungen von der französischen Unfähigkeit.

Wie sich aus dieser Atmosphäre eine Verständigung in jezt 10 Tagen ersehen soll, bleibt freilich ein Rätsel. Am 12. Juni soll die Wirtschaftskonferenz in London beginnen, bis zu diesem Zeitpunkt soll die Abrüstungskonferenz ihre Arbeiten beendet haben. Nun sind Monate über diese Verhandlungen im Sande gegangen, jetzt aber kehren sich die Fronten sichtbar und jetzt erst spricht man über die entscheidenden Fragen, nachdem man bisher über Probleme sprach. Es ist möglich, daß ein Modus gesucht wird, um die Konferenz zu vertagen. Was heißt aber eine Vertagung? Einmal: eine Eröffnung der Weltwirtschaftskonferenz, so dann aber unbedingt den völligen Abbruch der Genfer Konferenz, denn eine Konferenz, die in einer Situation, wie der gegenwärtigen, keine ordentliche Basis und keine Verständigung fand, kann eine ähnliche günstige Lage in späterer Zeit nicht mehr erwarten. Hier drückt die Londoner Konferenz, der Wunsch aller Länder, das Vertrauen zu erhöhen, um der Welt auch den Wirtschaftsfrieden zu geben. Amerika hat sich offen und ehrlich in die Verhandlungen gestürzt und gänzlich zu beeinflussen versucht. England ist mit seinem MacDonal-Plan rechtzeitig erschienen. Mussolini hat den Viermächte-Pakt vorgelegt. Reichskanzler Brüning hat eine weitgehende Friedensrede gehalten. Gibt es in der Zukunft noch solche günstige Momente, um den nächsten Vertrauen, Abrüstungswillen, Entgegenkommen klar zu machen? Nein, eine Vertagung der Genfer Konferenz heißt: Grabesang für die Abrüstung und heißt wahrscheinlich als Folge davon neue Aufrüstung, neuer Rüstungswahnsinn, heißt eine neue Verunsicherung der Welt, heißt den Krieg zu verewigen!

Kritik in Genf, heißt weiter Kampf gegen das Weltvertrauen, heißt Untergrabung der Weltwirtschaftskonferenz. Die Verantwortlichkeit, die ein Gegner der Abrüstung auf sich nimmt, ist ungeheuer. Wir haben sie nicht, denn unsere Politik ist klar, unsere Haltung deutlich umschrieben. Wir haben inzwischen, einmal leider isoliert, einmal Vermittlungszeugen erhalten: Deutschland will abrüstern, auch seinen letzten Mann und seine letzte Kanone, wenn die anderen es ablehnen. Deutschland will nicht aufrücken, sondern den Rüstungsangriff der anderen. Deutschland will den Frieden, will der Welt das Vertrauen bringen, das zur Verständigung der Weltwirtschaft notwendig ist. Das ist früher wie heute die Situation. Und wenn Frankreich sich wehrt, in zehn Tagen den Boden zu ebnen, wenn es nicht gelingt, die Grundzüge eines Abkommens zu formulieren, um dann vielleicht technischen Kommissionen die Weiterarbeit zu überlassen, hat die Vertagung keinen Sinn, dann muß der Abrüstungsgebanke der Friedensgedanke begraben werden. Deutschlands Gleichberechtigung freilich, die bleibt bestehen, sie ist anerkannt. Und aus dieser Gleichberechtigung bleiben uns die Konsequenzen.

Die amerikanische Regierung glaubt nicht mehr an einen Erfolg der Abrüstungskonferenz.

Scharfe Stellungnahme gegen die japanischen Forderungen nach Flottengleichheit.
Washington. In amerikanischen Regierungskreisen hat man angelehnt der japanischen Forderung nach Flottengleichheit, Frankreichs ablehnender Haltung gegenüber dem Mussolinipakt und gegenüber einer Flottengleichheit mit Italien sowie Deutschlands Forderung nach dem Bau

Wichtige Kabinettsbeschlüsse.

In der Freitagssitzung des Reichskabinetts erstattete zunächst Reichsamtpräsident Dr. Schacht einen Bericht über seine Reise nach Amerika und England und über die mit dem Präsidenten Roosevelt sowie mit amerikanischen und englischen Bankkreisen gepflogenen Verhandlungen.

Beschlagnahme des RD-Bermögens
Das Kabinett beschloß ein Gesetz über die Einziehung kommunistischen Vermögens. Bei diesem Enteignungsgesetz gegen die Kommunisten ist man von dem § 40 des Strafgesetzbuches ausgegangen, wonach Gegenstände eingezogen werden können, die durch Verbrechen oder Vergehen hervorgerufen sind. Diese Bestimmungen sind für den Hochverrat, da die kommunistische Tätigkeit durchweg als Hochverrat zu betrachten ist, erfolgt auch die Generalbeschlagnahme des gesamten kommunistischen Vermögens.

20 Millionen zur Förderung der Seeschifffahrt
Der Beschluß, 20 Millionen RM zur Förderung der Seeschifffahrt zur Verfügung zu stellen, ist in erster Linie als Arbeitsbeschaffungsgeld gedacht. Die Beträge sollen zur Beschaffung der Seeschifffahrt und zur Beschaffung von Arbeitsmöglichkeiten in der Zeit bis zum 1. November verwendet werden.

Die Voraussetzungen und Formen, unter denen das zu geschehen hat, werden noch im Benehmen mit den zuständigen Reichsministerien und Landesregierungen festgelegt werden. Die Aktion ist durch den starken Rückgang der Seeschifffahrt im vorigen Jahr und durch die Schwierigkeiten im Warenverkehr infolge der Inflation notwendig geworden. Die Abwertung des englischen Pfundes hat be-

kanntlich auch die deutschen Reedereien, die teilweise in englischer Währung abgeschlossen hatten, in Mitleidenschaft gezogen.

Auch alle Kraftwagen steuerfrei
Das vom Kabinett verabschiedete Gesetz über die Abhebung der Kraftfahrzeugsteuer ist insbesondere dazu bestimmt, der Wertminderung der Kraftwagen in gewisser Weise Einhalt zu gebieten, da durch den § 2 a des Kraftfahrzeugsteuergesetzes vom 11. April ds. Js. alle nach dem 25. März zugelassenen Personenkraftwagen und Personenmotorräder von der Steuer befreit sind. Der Kraftwagenhandel ist dadurch naturgemäß beeinträchtigt worden, da niemand mehr einen alten steuerpflichtigen Wagen kaufen wollte.

Das neue Gesetz sieht nun vor, daß auch Kraftwagen gegen Zahlung einer Ablösungssumme von der Kraftfahrzeugsteuer ganz befreit werden können. Das wird praktisch dazu führen, daß die Kraftwagenhändler die Ablösungssumme selbst zahlen und die Wagen dann steuerfrei verkaufen.

Nach dem Gesetz kann jeder am 1. April in Betrieb gewesene Personenkraftwagen bzw. jedes Personenkraftfahrzeug gegen Zahlung der doppelten Jahressteuer als Ablösung bezahlen, in der Zeit vom 1. April 1931 bis zum 1. April 1932 zugelassene Fahrzeuge das Zweieinhalbfache, in der Zeit vom 1. April 1930 bis zum 1. April 1931 zugelassene Fahrzeuge das Doppelte und in der Zeit vom 1. April 1929 bis zum 1. April 1930 zugelassene Fahrzeuge das Eineinhalbfache des Jahresbetrages der Kraftfahrzeugsteuer entrichten. Die Anträge müssen bis zum 1. Oktober 1933 beim zuständigen Finanzamt gestellt sein. Der Betrag kann in zwei Hälften entrichtet werden, und zwar die Hälfte bei Antragstellung, die zweite Hälfte ein Vierteljahr später.

weiterer Schlachtkreuzer schon fast alle Hoffnungen aufgeben, daß die Abrüstungskonferenz vor Beginn der Weltwirtschaftskonferenz noch irgendwelche greifbaren Erfolge erzielt.

Die amerikanische Regierung lehnt nach wie vor die japanische Forderung nach Flottengleichheit schroff ab, da sie dem Geiste der Hoop-Dottrin widerspricht.

Frankreich und der Viermächtepakt.

Paris. Ministerpräsident Daladier hatte Freitag einen längeren Gedankenaustausch mit dem Vorsitzenden des Auswärtigen Ausschusses, Gerriot, über den Viermächtepakt, wobei Gerriot Daladier die im Auswärtigen Ausschusse geltend gemachten Bedenken vortrug.

Nach seiner Unterredung mit Gerriot empfing der Ministerpräsident den polnischen Botschafter, der dem französischen Ministerpräsidenten seine Ansichten über den Viermächtepakt zum Ausdruck gebracht haben soll. In unterrichteten Kreisen verläutet, daß Daladier bei der kürzlich in der Kammer geäußerten Absicht geblieben ist, den Pakt zu unterzeichnen, wenn er ihm annehmbar erschiene. Der springende Punkt dürfte der Artikel 16 sein, den Daladier im Gegensatz zu den Engländern in den Pakt aufgenommen wissen will. Der englische Außenminister Sir John Simon dürfte sich am nächsten Montag besonders über diesen Punkt mit Daladier unterhalten.

In der radikalsocialistischen Fraktion, die Freitag vormittag unter dem Vorsitz Gerriots über die außenpolitische Lage beraten hat, kam kein Beschluß über den Viermächtepakt zustande.

Verworrene Lage bei der Flottendebatte.

Gegenläge zwischen Deutschland, England, Frankreich und Japan.
Genf. Die Flottendebatte im Hauptausschuß der Abrüstungskonferenz ist Freitag abgeschlossen worden. Eine

Klärung der großen politischen Gegensätze erfolgte aber in keiner Weise. Die gesamte bisher völlig ungeklärte italienisch-französische Flottenfrage kam überhaupt nicht zur Verhandlung. Staatssekretär Eden verteidigte mit großem Geschick den englischen Flottenplan, hauptsächlich gegen die außerordentlich scharfe Kritik von japanischer Seite. Der Gegenwort von japanischer Seite erfolgte in Form eines Änderungsantrages, nach dem der gesamte englische Abrüstungsplan umgeworfen und das bisherige Machtverhältnis zwischen den Flotten der drei großen Flottenmächte von 5:3:2 völlig zugunsten Japans umgestellt werden soll. Japan beansprucht in Zukunft, mit England und den Vereinigten Staaten in den Vereinigten Staaten gleichgestellt zu werden. Die englische Regierung lehnte diese japanische Forderung nachdrücklich ab. Deutschland, das weder zu dem Kreis der fünf großen Flottenmächte noch zu der Gruppe der kleinen Flottenmächte gehört, hat nun gleichfalls früher einen Änderungsantrag eingebracht, der von Volschlag Radolin in einer Erklärung uneingeschränkt aufrechterhalten wurde. Radolin betonte, es handele sich im deutschen Vorschlag ausschließlich um einen Erziehung für ein Vinienschiff, das zu gegebener Zeit über 90 Jahre alt sein werde. Zu der Zeit befindet sich Deutschland als abgerüsteter Staat auf dem Flottengebiet in einer ganz besonderen Lage, die sich mit der der anderen Flottenmächte nicht vergleichen lasse. Die deutschen Änderungsanträge wiesen den richtigen Weg, um Deutschland in das System des englischen Planes einzualiefern. Zum Schluß brachte Volschlag Radolin die Vorschläge, die im Ausgange der Konferenz von der deutschen Regierung eingebracht worden waren, von der qualitativen Abrüstung in Erinnerung. Deutschland halte an diesen Vorschlägen uneingeschränkt fest, die im Falle der Annahme einen großen Schritt vorwärts auf dem Gebiet der Abrüstung bedeuten würden. Wenn die Konferenz in der qualitativen Seearüstung noch weitergehen werde, so werde Deutschland dieser Maßnahme bereitwillig folgen.

Zum Schluß gab Volschlag eine an Ablehnung und Kritik alle früheren Reden übertreffende Erklärung ab, nach der Frankreich die englischen Flottenanträge für sich als unannehmbar ansieht und auch auf diesem Gebiet somit jede praktische Abrüstung verweigert.

Die gesamte Lage der Abrüstungskonferenz ist durch die Behandlung der Flottenfrage noch verworrenere und komplizierter geworden und hat die bisherigen oberflächlich verhandelten Gegenläge zwischen den großen Flottenmächten jetzt in aller Deutlichkeit zutage treten lassen.

Der Hauptausschuß beginnt heute Sonnabend die Generaldebatte über die Aufrüstungen.